



Verkehrsausschuss

33. Sitzung (öffentlich)

2. Oktober 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 15:35 Uhr

Vorsitz: Thomas Nüchel (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) | 3 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/ 7200 | |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7203
Vorlage 17/2360
Vorlage 17/2460 | |
| | Einzelplan 09 | |
| | Bericht
der Landesregierung | |

2 Sperrung der Rheinbrücke in Krefeld für den Lkw-Verkehr (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung [s. Anlage]*) **9**

Bericht
der Landesregierung

3 Verschiedenes **11**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, seinen Beschluss zur Informationsreise des Verkehrsausschusses nach Hongkong und Shenzhen in der Zeit vom 4. bis 9. Mai 2020 aufzuheben.

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/ 7200

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7203
Vorlage 17/2360
Vorlage 17/2460

Einzelplan 09

Bericht
der Landesregierung

Vorsitzender Thomas Nückel teilt mit, der Haushalts- und Finanzausschuss erwarte das Votum spätestens bis zum 15. November 2019. Die zweite Lesung finde in den Plenarsitzungen vom 25. bis 27. November 2019 statt. Die Obleute hätten sich darauf verständigt, heute lediglich Verständnisfragen zu stellen. Schriftliche Fragen könnten bis zum 8. Oktober 2019 an das Ausschusssekretariat übermittelt werden, die trotz der Herbstferien bis zum 16. Oktober 2019 beantwortet würden. In der Sitzung am 30. Oktober 2019 könnten selbstverständlich auch weitere Fragen gestellt werden.

Minister Hendrik Wüst (VM) berichtet wie folgt:

Ich stelle Ihnen heute gerne die Eckpunkte unseres Haushaltsentwurfs 2020 für den Einzelplan 09 vor. Wir verstärken im kommenden Jahr unsere Maßnahmen für ein besseres Angebot im ÖPNV und für einen besseren Radverkehr. Was wir in den vergangenen zwei Jahren an Projekten angestoßen haben für eine Beschleunigung bei Planung, Genehmigung und Bau, werden wir weiter intensivieren und verstärkt auf bessere Angebote im Bereich „saubere Mobilität“ setzen.

Der aktuellen Debatte um mehr Klimaschutz und um die Forderungen nach Verkehrswende kann und will sich niemand entziehen. Mobilität muss besser werden, Mobilität muss sauberer, klimafreundlicher, ressourcenschonender und nachhaltig werden. Deshalb arbeiten wir seit zwei Jahren an einer Verbesserung aller Infrastrukturen und daran, die Chancen der Digitalisierung für bessere Mobilität zu nutzen, insbesondere für digital vernetzte Wegeketten.

Ich möchte aber auch, dass Mobilität bezahlbar bleibt und dass sie den Mobilitätsbedürfnissen aller gerecht wird, also sowohl Menschen in den Ballungsräumen, als auch Menschen aus ländlichen oder suburbanen Gebieten.

Ich bin überzeugt, dass wir langfristig nicht weiterkommen mit Verboten, prohibitiven Verteuerungen oder der Begrenzung von Verkehr. Ich glaube, wir müssen den Men-

schen – vor allem den vielen Pendlern in Nordrhein-Westfalen – ein besseres Angebot für saubere Mobilität machen, damit der Umstieg auf Alternativen zum Auto überhaupt erst möglich und praktikabel ist.

Wer es ernst meint mit Klimaschutz, mit Verkehrswende und mit sauberen Mobilitätsangeboten, der muss diese Angebote schaffen, bevor prohibitive Preiserhöhungen anstehen. Wir richten deshalb unseren Blick verstärkt auch auf Innovations- und Zukunftsthemen, Digitalisierung und Vernetzung und auf Themen wie „ÖPNV“ und „Radverkehr“.

Der Verkehrsetat soll im nächsten Jahr um 65 Millionen Euro auf insgesamt rund 2,93 Milliarden Euro steigen. Mit dem Haushalt 2020 setzen wir folgende Schwerpunkte: besseres Angebot im ÖPNV, besseres Angebot für Radfahrer, stärkere Vernetzung der Verkehrsmittel, Modernisierung unserer Landesstraßen, Kompensation wegfallender Bundesmittel zur Unterstützung unserer Kommunen und mehr Personal für schnellere Genehmigungen.

Für ein besseres Angebot im ÖPNV sind über 1,8 Milliarden Euro eingeplant; davon sind 1,5 Milliarden Euro Regionalisierungsmittel. Das sind 61 % des Verkehrsetats des Landes Nordrhein-Westfalen, damit Menschen gut mit Bus und Bahn unterwegs sind.

Einen besonderen Anreiz gibt es im kommenden Jahr für die rund 300.000 Azubis im Land: das erste volle Jahr Azubiticket. Auszubildende fahren nach der Preiserhöhung im VRR für 62,20 Euro durch die Region und für nur 20 Euro Aufpreis durchs ganze Land. Für diese 20 Euro haben wir Preisstabilität verhandelt, sodass sie von den Tarifsteigerungen nicht betroffen sind. Dafür werden im nächsten Jahr 9 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt aufgebracht, damit Ausbildungsverhältnisse nicht an Verbundgrenzen scheitern. Ich glaube, das ist ein völlig unstrittiges politisches Thema. Das hilft, junge Menschen möglichst früh an den ÖPNV heranzuführen.

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für einen besseren ÖPNV konsequent nutzen. Wir werden 12,8 Millionen Euro in Verbesserungen der Fahrgastinformationen und in elektronisches Ticketing investieren. Auch viele Stadt- und Straßenbahnen haben großes Aufholpotenzial und eine große Notwendigkeit für Investitionen in digitale Technik. Viele Systeme stammen aus den 70er- und 80er-Jahren und sind erneuerungsbedürftig, also weit mehr als nur reparaturbedürftig.

Wir sprechen deshalb von der Notwendigkeit eines kompletten Systemupgrades, um digitalisierungsfest zu sein, um digitalisierungsfest zu werden, damit unsere Straßenbahn- und U-Bahn Systeme Teil digital vernetzter Wegeketten sein können. Das Spiekermann-Gutachten hat den förderfähig Investitionsbedarf bei 2,6 Milliarden Euro gesehen. Wir haben 1 Milliarde Euro zur Verfügung gestellt und gehen davon aus, dass im nächsten Jahr erste Mittel abfließen.

Mit der Bahn haben wir unter dem Stichwort „Robustes Netz“ ein erstes Maßnahmenpaket verabredet, was wir hier im Ausschuss vorgestellt haben. Die ersten

16 Maßnahmen realisieren eine Vielzahl von auf den ersten Blick kleineren Maßnahmen, um Netzstabilität gerade in Zeiten größerer Bauinvestitionen auch mit Blick auf den RRX zu gewährleisten.

Damit sind wir unter den Ländern vorne. Ich will nicht verhehlen, dass andere Länder das kritisch sehen, es inzwischen aber nachvollziehen, weil wir durch die Infrastrukturmaßnahmen für den RRX in einer besonderen Situation sind. Einer muss eben vorweggehen, und das tun wir an dieser Stelle.

Sie haben gerade ausgiebig über das Thema „Fahrrad“ gesprochen. Wenn 200.000 Menschen unterschreiben, ist das schon Indikator genug. Man muss aber nur in den eigenen Bekanntenkreis schauen – das hat übrigens gar nichts mit dem Lebensalter zu tun –, wie das Fahrrad durch E-Bikes und Pedelecs in den letzten Jahren Konjunktur hat. Dadurch können jetzt auch Regionen die Fahrradinfrastruktur nutzen – müssen sie dann aber auch anbieten –, in denen das bislang kein großes Thema war. Im Münsterland ist es einfach, Fahrrad zu fahren; im Bergischen Land und im Sauerland ist die Lage etwas anders. Auch da aber wollen immer mehr Leute mit dem Fahrrad unterwegs sein – und zwar nicht nur samstagnachmittags auf dem Weg zum Kaffeetrinken, sondern auch als Pendler. Deswegen hat Fahrradpolitik eine hohe Priorität seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch uns.

Im letzten Jahr sind in Summe von Bundes- und Landesmitteln 47 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden; das ist Rekord. Diese Summe halten wir auch im kommenden Jahr. Obendrauf kommen noch 10 Millionen Euro an EFRE- und Tourismusförderung aus dem MWIDE, sodass ich nicht glaube, dass das, was hier eben an 300 km gefordert worden ist, eine völlig aus der Dimension gefallene Zahl ist. Das ist erreichbar – nicht mit einem Fingerschnippsen, aber wenn wir so weitermachen wie bisher und gerne auch mehr – Sie sind der Haushaltsgesetzgeber –, ist das erreichbar.

Zum Stichwort „vernetzte Mobilität“. Ob der elektrische Tretroller allein der Stein der Weisen ist, mag man lebhaft diskutieren. In Summe ist die Vielzahl der Sharing-Angebote sicherlich ein Teil für den Beginn oder das Ende eines vernetzten Weges, bei dem der ÖPNV natürlich auch weiterhin eine starke Rolle spielt.

Wir unterstützen insbesondere die Kommunen mit 11,5 Millionen Euro, sich bei Digitalisierung und Vernetzung auf den Weg zu machen. Die Förderrichtlinie ist seit einigen Monaten veröffentlicht, und die ersten Förderbescheide sind erteilt sowohl für konzeptionelle Arbeiten zum Thema „Vernetzung“ als auch ganz konkret für Mobilstationen, um gute Orte zu schaffen, an denen man die Verkehrsträger wechseln kann: Car- oder Bike-Sharing, Taxistand, Park-and-Ride, Bahnanschluss für den Nah- und den Regionalverkehr und Bushaltestellen.

Das gilt selbst dann, wenn der ÖPNV nicht dabei ist; bislang konnte man nur fördern, wenn ÖPNV dabei ist. Dazu gehört für mich auch, über den Tellerrand der reinen Verkehrsthemen hinweg zu denken: Wo immer gewünscht und möglich, fördern wir auch gerne Dienstleistungen wie zum Beispiel eine Paketstation, um auf dem Weg von der Arbeit nach Hause das Paket abzuholen, damit der Paketbote

nicht dreimal klingeln muss. All das können wir mit diesem Programm machen und leisten damit auch einen Beitrag für gute Mobilität jenseits des eigenen Pkw.

Bei unseren Landesstraßen gibt es großen Nachholbedarf. Deshalb erhöhen wir den Etat um 15 Millionen Euro auf insgesamt 261 Millionen Euro. Allein 10 Millionen Euro sind nur für Sanierungsmaßnahmen vorgesehen, 185 Millionen Euro für den Erhalt, 52 Millionen Euro für den Neu- und Ausbau und 10 Millionen für kleinere Baumaßnahmen an Landesstraßen unter 3 Millionen Euro.

Ein wichtiger Punkt ist die Kompensation wegfallender Bundesmittel: Die sogenannten Entflechtungsmittel fallen verabredungsgemäß weg, nämlich 260 Millionen Euro. Wir werden dieses Geld komplett aus Landesmitteln finanzieren, um den Kommunen diese Unterstützung auch weiterhin zu gewähren. Mit der eben schon genannten 1 Milliarde Euro für das Systemupgrade im kommunalen Schienenbereich ist das eine weitere gute Botschaft für die Verkehrsinfrastruktur in den Kommunen. Wenn ich das richtig gehört habe, machen das längst nicht alle Länder.

Wir wollen Städte und Gemeinden damit ermuntern, in bessere Infrastruktur zu investieren. Darüber hinaus haben wir die Fördersätze für den kommunalen Straßenbau von 60 auf 70 % erhöht. In besonders finanzschwachen Kommunen fördern wir sogar 75 %.

Damit Straßenneubauprojekte auch überjährig möglich ist, hat es bereits im Haushalt 2019 zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 30 Millionen Euro gegeben, in Summe 145 Millionen Euro. Auf diesem Niveau sollen sie auch 2020 bleiben. Ebenfalls erhöht haben wir die Fördersätze für Beseitigung und Sicherung von Bahnübergängen auf 80 %.

Vieles von dem, was wir auch im Haushalt 2020 machen, müsste es längst geben, hätte längst passieren müssen. Zu lange wurde zu wenig in Infrastrukturen – von der Straße über Wasserwege, die Schiene bis hin zu Fahrradwegen – investiert. Deshalb ist bei der Aufholjagd Tempo so wichtig. Planen, Genehmigen und in Teilen auch Bauen müssen zügiger gehen.

Deshalb haben wir direkt nach Regierungsantritt Maßnahmen in die Wege geleitet, um einen Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf zu gewährleisten: Planungsbeschleunigung, die Reform des Straßen- und Wegegesetzes – eine erfolgreiche Bundesratsinitiative –, mehr Personal beim Landesbetrieb, bei den Bezirksregierungen, Modernisierung der Zuständigkeitsverordnung bei den Bezirksregierungen und Rekordinvestitionen für externe Planungsleistungen.

Auch im kommenden Haushaltsjahr wollen wir die Maßnahmen für mehr Tempo verstärken. Der Landesbetrieb wird mit insgesamt 22 neuen Mitarbeitern gestärkt: 20 Azubis und 2 Anwärter. Die Bezirksregierungen werden mit 28 Stellen gestärkt: 8 für die Planfeststellungsverfahren und 5 für das Förderprogramm „Vernetzte Mobilität und Mobilitätsmanagement“. 5 weitere Stellen werden zur schnelleren Abwicklung von Großraum- und Schwertransporten bereitgestellt, bei denen es ein ständig zunehmendes Volumen gibt. Für die zügigere Bearbeitung von Luftsicherheitsthemen sollen die Bezirksregierungen 10 weitere Stellen bekommen.

Mit Blick auf die Uhr will ich es bei diesen wesentlichen Punkten belassen.

Johannes Remmel (GRÜNE) möchte wissen, ob die Haushaltstitel für den Radverkehr durch zu wenig Personal nicht bewirtschaftet werden könnten.

Minister Hendrik Wüst (VM) führt aus, auf die Radschnellwege entfielen 9,25 Millionen Euro, auf die kommunalen Radwege mehr als 17 Millionen Euro, auf die Radwege an Bundesstraßen 8,5 Millionen Euro und auf die Radwege an Landesstraßen 12,4 Millionen Euro. Im letzten Jahr habe man 177 km Radwege gebaut, sodass die Mittel in erheblichem Maße abgeflossen seien.

Darüber hinaus seien für die Mittel aus dem MWIDE von rund 10 Millionen Euro, bei denen es sich um ehemalige Etatposten für den Klimaschutz aus dem Umweltministerium handele, über 40 km Radwege gebaut worden. Aus dem Umweltministerium gebe es eine Förderung für Radwege, sodass es in Summe nicht an Volumen und an Manpower mangle. Man könne dies aber sehr gerne noch einmal ganz genau mitteilen. Für mehr Planer sei er jedenfalls stets dankbar.

Susana dos Santos Herrmann (SPD) möchte wissen, ob Radwege auf stillgelegten Bahntrassen einem bestimmten Programm unterfielen oder gesondert aufgeführt würden.

LMR Michael Heinze (VM) erläutert, es handele sich um ein gesondertes noch nicht ganz abgearbeitetes Programm, das allmählich auslaufen, weil die Maßnahmen auf den meisten nutzbaren Trassen bereits umgesetzt seien.

Carsten Löcker (SPD) fragt, welche Titel die globalen Minderausgaben erwirtschaften sollten.

LMR Frank Postler (VM) antwortet, die globale Minderausgabe könne man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fixieren. Wie üblich könne dies erst beim Haushaltsvollzug erfolgen. Wie in jedem Jahr werde der Einzelplan 09 die globale Minderausgabe in den verschiedensten Bereichen erwirtschaften. Die Details ergäben sich aus der Jahreshaushaltsrechnung.

Susana dos Santos Herrmann (SPD) erfragt den Mittelabfluss für das Sozialticket im Jahr 2017 und wie viel die Verkehrsverbünde tatsächlich beantragt hätten.

Minister Hendrik Wüst (VM) teilt mit, die Mittel flössen grundsätzlich komplett ab. Seit diesem Jahr gebe es flächendeckend Sozialtickets unterschiedlicher Art im Land.

LMR Frank Postler (VM) ergänzt, man könne die Ausgaben auflisten. Zu dieser Frage gebe es auf der Haushaltsklausur eine schriftliche Antwort, in der man nach Verabredung mit dem Finanzministerium die Einzelfragen zusammentrage.

Johannes Remmel (GRÜNE) fragt nach den Positionen, die im Jahr 2018 zur globalen Minderausgaben beigetragen hätten bzw. im Jahr 2019 erkennbar dazu beitrügen. Dies könne die Landesregierung auch schriftlich beantworten. Dabei gehe es ihm insbesondere um die Frage, ob es sich um investive Mittel oder um Sachausgaben handle, sodass er um Mitteilungen je Haushaltsgruppe bitte.